

Baden-Württemberg stellt umstrittene Schülerversicherung ein

16.10.2018 [VERSICHERUNGEN](#) VON FLORIAN BURGHARDT

Seit Jahrzehnten bieten die Schulen in Baden-Württemberg Versicherungen direkt im Klassenzimmer an. Vertrieb und Inkasso übernehmen die Lehrer. Für das Modell gab es zuletzt viel Kritik und sogar einen Negativpreis. Nun zieht das Land die Reißleine.



Das Land Baden-Württemberg lässt sein bestehendes Modell der Schülerversicherung zum Schuljahresende auslaufen. Bei WGV denkt man allerdings schon über Alternativen nach. Bild: laterjay/Pixabay

Ab dem nächsten Schuljahr werden die Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg (BaWü) ihren Schülerinnen und Schülern keine Versicherungen mehr im Klassenzimmer anbieten. „Um Missverständnissen vorzubeugen, die sich auch zum neuen Schuljahr ergeben haben, wird das Land die Vereinbarung über einen Gruppenversicherungsvertrag mit einzelnen Versicherungen zum Schuljahr 2019/2020 auslaufen lassen.“ So wird BaWü-Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann in einer offiziellen Mitteilung des Kultusministeriums zitiert.

Damit reagiert das Land auf die anhaltende Kritik an den Produkten sowie deren Vertriebsweg. Auch zu Beginn des aktuellen Schuljahres habe es, laut Kultusministerium, erneut zahlreiche kritische Rückmeldungen gegeben. Zwar hätten sich Land und Schulen immer wieder bemüht, die Freiwilligkeit des Angebots herauszustellen. Es sei in der Öffentlichkeit jedoch immer wieder der Eindruck entstanden, dass der Abschluss der Schülerzusatzversicherung verbindlich sei. Gegenüber Schulen und Ministerium sei auch kritisch angemerkt worden, dass der Anschein entstehen könne, das Land betreibe über die Schulen durch diese Aktivität Werbung für einzelne Versicherungen.

Laut Eisenmann sollten diese Bedenken eigentlich durch eine seit 1998 gültige Verwaltungsvorschrift ausgeschlossen sein. Um ordnungspolitisch Klarheit zu schaffen, nehme das Ministerium aber von der darauf beruhenden Vereinbarung Abstand. Für das aktuelle Schuljahr würden sich jedoch noch keine Änderungen ergeben.

Kritik an Produkt und Vertrieb über Lehrer

Konkret geht es bei den umstrittenen Schulerversicherungen um eine kombinierte Police aus Haftpflicht-, Sachschaden- und Unfallversicherung. Sie kostet pro Schüler einen Euro pro Schuljahr und kommt seit langem von der Württembergischen Gemeinde-Versicherung (WGV) sowie der BGV Badische Versicherung AG. Die Schulerversicherung bietet Leistungen zum Beispiel für Unfälle, die passieren, wenn die Schüler vom Schulweg abweichen und somit nicht mehr den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz genießen. Sie würde damit auch denjenigen Schülern eine Möglichkeit auf Versicherungsschutz bieten, zumindest im Umfeld des Schulbesuchs, die keine weitere Absicherung haben, hieß es im April des Jahres von Seiten der BGV auf procontra-Nachfrage.

Aufhänger für die damalige Berichterstattung war [die Wahl der BaWü-Schulerversicherung zum „Versicherungskäse des Jahres 2018“](#), dem Negativpreis des Bund der Versicherten (BdV). Die Verbraucherschützer hatten das Produkt neben seinen „schwachen“ Leistungen vor allem für den bestehenden Vertriebsweg über die Lehrer kritisiert, die die Anträge austeilen und die Beiträge einsammeln. In einer aktuellen Stellungnahme zur Entscheidung des Landes BaWü erklärt BdV-Pressesprecherin Bianca Boss: „Der Vertrieb von Versicherungen und anderen Finanzdienstleistungen hat an Schulen nichts zu suchen.“

Allerdings: Das Modell Schulerversicherung hat sich über die Jahrzehnte in BaWü anscheinend schon so etabliert, dass es durch den Wegfall für Schüler und Eltern zu zusätzlichem Aufwand kommen könnte. So würden zahlreiche Unternehmen bei Schülerpraktika den Nachweis einer privaten Haftpflichtversicherung verlangen, schreiben die Stuttgarter Nachrichten. Wenn künftig jeder Schüler diesen Nachweis selbst erbringen muss, könnte der Aufwand dafür teurer werden als die bisherige Ein-Euro-Versicherung, meint ein WGV-Mitarbeiter, den das Blatt in seinem Bericht zitiert. Denn die Lehrer hätten den Versicherungsschutz bislang häufig klassenweise bestätigen können. Dem Bericht zufolge würde man bei WGV über Alternativen nachdenken. Die Überlegungen dazu würden sich jedoch noch im Anfangsstadium befinden.